

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Tageblatt Riesa,
Fersenstr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Druckerei:
Riesa Nr. 52.

Nr. 274.

Mittwoch, 25. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Kettzeile 100 Gold-Pfennige; zeitüberdauernd und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterstellungsbeilage: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Vor dem Ende der Runden-Tisch-Konferenz.

Die tieferen Gründe des Scheiterns.

In London. Ministerpräsident MacDonald verhandelte am Montag mit einer Reihe von Führern der indischen Minderheiten, um ihre Auffassungen vom Stand der Konferenz-Verhandlungen zu erfahren. Am Dienstag empfing er Mahatma Gandhi in Privat-Audienz. Gleichzeitig gab er bekannt, daß er noch vor den Weihnachtstagen im Unterhaus eine Regierungserklärung über den Stand der Verhandlungen im St. James Palast abgeben werde.

Diese Erklärung ist notwendig geworden durch den Vorstoß, den die Richards unter Führung von Churchill und Lord Rothermere unternimmt, gegen die Indien-Politik des Ministerpräsidenten zu machen. Aber auch die gemäßigten Konserverativen haben den Glauben an einen Erfolg der zweiten Runden-Tisch-Konferenz verloren. Was das besagt, ergibt sich klar schon aus der statistischen Tatsache, daß es sich bei den Verfassungsverhandlungen um das politische Schicksal von 350 Millionen Menschen handelt, also einer Bevölkerung, die etwa so groß ist wie die von ganz Europa.

Erst vor kurzem bot sich Ministerpräsident Ramsay MacDonald der Runden-Tisch-Konferenz an, das Schiedsrichter- und Schlichtungsamt bei allen inner-indischen Streitigkeiten zu übernehmen. Die Mohammedaner und indischen Minderheiten erklärten sich mit dem Vorschlag MacDonalds einverstanden, doch wünschten sie, daß nicht der Ministerpräsident allein, sondern das Gesamtkabinet als Schlichter fungieren sollte. Mahatma Gandhi, der etwa 90 Prozent der indischen Indus vertritt, lehnte aber den Vorschlag des Ministerpräsidenten rundweg ab.

Trotz aller Bemühungen konnten sich die Seiten am Runden Tisch über die Rechte der Minderheiten und die Sicherheiten nicht einigen, die von den Engländern für den Fall verlangt werden, daß Indien der Dominion-Status gewährt wird. Die Gegensätze der Religion und der Rasse erwiesen sich als so tief, daß eine Verbindungsbrücke nicht geschaffen werden konnte. Die Frage, die jetzt den Ministerpräsidenten und das Kabinet beschäftigt, ist lediglich die, wie ohne größeren Schaden anzurücken der Runden-Tisch-Konferenz ein möglichst friedliches politisches Ergebnis geschaffen werden kann. Man denkt daran, Ausschüsse einzusetzen, die in den nächsten Monaten die zahlreichen noch ungelösten Verfassungsverhandlungen weiter erörtern und zweckentsprechende Berichte ausarbeiten sollen. Der Ausgang der letzten Unterhauswahlen, die erdrückende konservative Mehrheit im Unterhaus und die wachsenden Schwierigkeiten, auf die MacDonald mit seiner Indien-Politik stößt, mußten naturgemäß dazu führen, daß der Runden-Tisch-Konferenz nicht der Erfolg beschieden war, an den viele Engländer und Indier, selbst Mahatma Gandhi, noch vor wenigen Monaten glaubten. Die Entwicklung der englisch-indischen Beziehungen ist, wenn nicht alles täuscht, um Jahre zurückgeworfen.

Sagung des Verwaltungsrats der Reichsbahn.

Berlin. (Funkpruch.) Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft tagte am 23. und 24. November in Berlin. Seiner Beschlusseckung unterlag die Verwendung der neuerzelen Reichsbahnanleihe 1931, deren günstiges Ergebnis zum guten Teil auch als der Ausdruck des allgemeinen Vertrauens in das Reichsbahnunternehmen betrachtet werden darf. Der Antrag der Anleihe wird entsprechend den Abmachungen mit der Reichsregierung für zusätzliche Aufträge der Reichsbahn verwendet, um zur Verringerung der Arbeitsnot nach Kräften beizutragen. Die Aufträge im Werte von 250 Millionen Reichsmark sollen unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Reichsbahn möglichst den notleidenden Wirtschaftszweigen und Arbeitslosen im Reich zugute kommen. Bei der Vergabe wird auch darauf geachtet, daß Handwerk und Kleinindustrie besonders Berücksichtigung finden. Von größeren Bauten ist die Elektrifizierung der Wanneseebahn hervorzuheben.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich ferner mit der laufenden Einnahmegerhaltung bei der Reichsbahn. Von Jahresanfang bis Ende Oktober wurden gegenüber dem gleichen Zeitraum in 1930 rund 608 Millionen RM, oder 16,6 Prozent weniger eingenommen. Mit dem Jahre 1930 im Vergleich gefehlt beläuft sich die Mindereinnahme in 1931 auf 1,3 Milliarden Reichsmark oder 28,1 Prozent. Mit diesen Verlusten können die Ersparnisse bei den Personal- sowie Sachausgaben nicht Schritt halten.

Seit der Tarifserhöhung im Oktober 1928 sind für Sonbertarifmaßnahmen allein über 150 Millionen RM angefordert worden. Hinzu kommen weitere Tarifserleichterungen mit einem jährlichen Ausfall von rund 65 Millionen RM. Weitere Tarifermäßigungen für bestimmte Sondergebiete sind entsprechend dem Wunsche der Reichsregierung in Aussicht genommen.

Als notwendige Ergänzung der Kraftverkehrsordnung betrachtet der Verwaltungsrat die, seit langem von der Reichsbahn erforderte Ordnung im Speisewesen.

Sächsischer Landtag.

Merkwürdiger Parlamentarismus. — Die Rechtsparteien schalten sich aus.

Der Sächsische Landtag hat in seiner gestrigen ersten Sitzung der Wintertagung seinen Vorstand neu gewählt. Das Ergebnis haben wir bereits gestern mitgeteilt. Es war voranzufahren, daß die Wahlhandlung nicht glatt vor sich gehen würde, da es nicht gelungen war, die verschiedenen Interessen der einzelnen Gruppen zu überbrücken. Drei Kandidaten kamen für den Präsidentenposten ernsthaft in Frage: ein Sozialdemokrat, ein Nationalsozialist und ein bürgerliches Fraktionsmitglied. Wäre es möglich gewesen, zwischen den Nationalsozialisten und wenigstens den rechtsbürgerlichen Parteien eine Vereinbarung zustande zu bringen, so wäre die Wiederwahl des Sozialdemokraten Wedel vereitelt worden. Da aber im ersten Wahlgang die Mehrheit der bürgerlichen Fraktionen für den Wirtschaftsparteiler Hentschel stimmte und in der dann folgenden Stichwahl zwischen Hentschel und Wedel die Nationalsozialisten beiseite blieben, indem sie wiederum Jettel für ihren Kandidaten Kunz abgaben, errang Wedel die Mehrheit.

Der Sitzungsbericht.

Dresden, 25. November.

Zu Beginn der ersten Vollsitzung des Landtags im neuen Tagungsabchnitt gab Präsident Wedel bekannt, daß drei Abgeordnete fehlten, und zwar die Abgeordneten Dr. Gardt (Dnat.) und die Kommunisten Schneider und Fr. Groh.

Abg. Renner (Kom.) beantragte, zunächst über die Auflösung des Landtags abzustimmen. Da Widerspruch erfolgte, ging das Haus zur Tagesordnung über.

Man trat darauf in die Wahl des Landtagspräsidenten ein. Abg. Dr. Fritsch (Natf.) verlas namens seiner Fraktion eine Erklärung, daß die Nationalsozialisten schon bei der letzten Wahl des Präsidiums die Forderung aufgestellt hätten, daß kein Marxist Landtagspräsident werden dürfe; als stärkste nichtmarxistische Fraktion beantrug seine Partei den Präsidentenposten und schlug hierfür den Abg. Kunz vor. Nach längerer Ausführungen des Abg. Böchel (Soz.), der sich gegen die Kommunisten wandte, wurde die Wahlhandlung vorgenommen.

Vorgeschlagen wurden für den Präsidentenposten außer dem Abgeordneten Kunz die Abgeordneten Hentschel (Wp.), Wedel (Soz.) und Herrmann (Komm.). Präsident Wedel gab bekannt, daß 91 Stimmen abgegeben worden seien. Die Auszählung ergab jedoch, daß tatsächlich insgesamt 92 Stimmen abgegeben worden waren, so daß die Wahlhandlung wiederholt werden mußte. Diesmal wurden 93 Stimmzettel abgegeben.

Davon entfielen auf Wedel 33, Hentschel 26, Kunz 23 und Herrmann 11 Stimmen. Bei der hiernach erfolgten Stichwahl zwischen Wedel und Hentschel wurden 92 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf Wedel 36, auf Hentschel 31, auf Kunz 14 und auf Herrmann 11 Stimmen. Nach dem Ergebnis der Stichwahl ist somit Präsident Wedel wiederausgewählt.

Im Anschluß an den Wahlakt gab Abg. Dr. Fritsch (Natf.) die Erklärung ab, daß seine Fraktion das Ergebnis der Präsidentenwahl als ein „Betrugsmanöver“ auffasse und sich an der Wahl des Präsidiums daher nicht weiter beteiligen werde. Hierauf verließen die Nationalsozialisten den Sitzungssaal.

Zum ersten Vizepräsidenten wurden vorgeschlagen die Abg. Herrmann, Hentschel und Breitschneider (Staatsp.). Daraufhin zog die Wirtschaftspartei ihren Kandidaten Hentschel zurück und ein Teil ihrer Abgeordneten verließ gleichfalls den Saal.

Bei der anschließenden Wahlhandlung wurden für Breitschneider 37 und für Herrmann 11 Stimmzettel abgegeben. Die übrigen Jettel waren teils beschriebenen, teils zerstückelt. Auf Grund dieses Ergebnisses gilt der Abg. Breitschneider für gewählt.

Präsident Wedel erklärte darauf unter lebhafter Unruhe die Sitzung für unterbrochen.

Auch die Wirtschaftsparteiler ziehen aus

Nach mehr als eineinhalbstündiger Pause trat das Haus wieder zusammen. Der Wirtschaftsparteiler Abg. Entlein bezeichnete den Ausgang der Wahlen als unwürdig und richtete heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten, die Volksparteiler und die Staatspartei, die die Schuld trügen, daß ein bürgerlicher Kandidat, nämlich der Wirtschaftsparteiler Hentschel, nicht als erster Vizepräsident gewählt worden ist. Die Ausführungen Entleins wurden oft durch Gelächter und Zwischenrufe einzelner Abgeordneter unterbrochen. Abg. Kunz (Natf.) rief: „Die Jettel

sind fortgeschwommen“ und von sozialdemokratischer Seite wurde dem Redner zugerufen: „Wie kann man nur seine Hut so zur Schau tragen“. Schließlich erklärte Entlein, daß die Wirtschaftspartei an der Belegung des zweiten Vizepräsidentenpostens kein Interesse mehr habe. Geschlossen verließen auch die wirtschaftsparteilichen Abgeordneten den Saal.

Bei der jetzt vorgenommenen Wahl des zweiten Vizepräsidenten erhielten der volksnationale Abg. Lasse 32, der deutschvolksparteiliche Abg. D. Himmann 3 und der Kommunist Hermann 9 Stimmen; sieben Jettel waren unbeschrieben. Abg. Lasse nahm die Wahl an. Für Lasse stimmten auch die Sozialdemokraten. Der bisherige Vizepräsident D. Himmann kehrt also auf seinen Posten nicht mehr zurück. Zu Schriftführern wurden gewählt die Abgeordneten Mucker (Soz.), Kautsch (Soz.), Hartich (Soz.), Frau Thümmel (Soz.), Hauffe (Landvolk) und Günther (Wirtschaftspartei). An der bisherigen Zulassung der verschiedenen Ausschüsse änderte sich nichts.

Die nächste Sitzung findet am 3. Dezember, mittags 1 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen die Wahlen zur Gemeindefammer und zum Landeseseisenbahnrat sowie die erste Beratung über das neue Baugesetz. Der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages wird erst in einer späteren Sitzung behandelt werden.

Zur Wahl des Landtagspräsidiums.

Die Wahlen zum Landtagspräsidium, die geschäftsordnungsgemäß in der 1. Sitzung des Wintertagungsabchnittes vorzunehmen waren und denen von verschiedenen Seiten eine gewisse symbolische Bedeutung zugeschrieben worden war, haben ein in mancher Hinsicht überraschendes Ergebnis gehabt. Zwar mußte mit der Wiederwahl eines Sozialdemokraten zum Landtagspräsidenten gerechnet werden, nachdem sich die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten, die diesmal unbedingt einen bürgerlichen Kandidaten durchbringen wollten, nicht auf eine einheitliche Kandidatur hatten einigen können. Interessant ist, daß bei dem ersten ungültigen Wahlgang auf den sozialdemokratischen Kandidaten Wedel 35 Stimmen entfielen waren, während der nationalsozialistische Kandidat und der zweite bürgerliche Kandidat Hentschel (Wirtschaftspartei) je 23 Stimmen erhalten hatten. Es ist anzunehmen, daß neben den Sozialdemokraten auch die drei Staatsparteiern gemäß einer früheren Erklärung in dem ersten Wahlgang für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben. Bei dem zweiten gültigen Wahlgang erhielt dann Wedel nur 33 Stimmen, während Hentschel 26 Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit in die Stichwahl kam. Demnach müssen also zwei Staatsparteiern in diesem Wahlgang für Hentschel gestimmt haben. Wenn sie beabsichtigten, damit die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten zu sichern, so haben sie ihr Ziel erreicht, denn, da die Nationalsozialisten in der Stichwahl zwischen Wedel und Hentschel ihre Stimmen wiederum für Kunz abgaben, konnte der sozialdemokratische Kandidat die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen.

Bei der endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten, bei der Wedel 36 Stimmen erhielt, muß außer den Sozialdemokraten und Staatsparteiern noch ein weiterer Abgeordneter — wohl ein Volksparteiler — für Wedel gestimmt haben. Die Nationalsozialisten sahen in diesem Ergebnis ein „offensichtliches Betrugsmanöver“ und verließen darauf den Sitzungssaal.

War die Wahl des Landtagspräsidenten noch nicht gegen alle Erwartung ausgefallen, so gab es eine große Ueberraschung, als der Staatsparteierner Claus für den Posten des 1. Vizepräsidenten seinen Parteigenossen Breitschneider vorschlug. Dies war für die Wirtschaftsparteiler, die nun nicht mehr auf eine Mehrheit für ihren Kandidaten rechnen konnten, das Signal, in ihrer Mehrheit ebenfalls den Saal zu verlassen. So konnte der Abgeordnete Breitschneider mit den 37 Stimmen der Sozialdemokraten, Staatsparteiern und Volksparteilern zum 1. Vizepräsidenten gewählt werden. Die zweite Ueberraschung gab es, als bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten der volksnationale Abgeordnete Lasse mit 9 Stimmen gewählt wurde, obwohl für diese Wahl nur der kommunistische Abgeordnete Herrmann in Vorschlag gebracht worden war. Es darf wohl angenommen werden, daß die 32 Stimmen des Abg. Lasse von den Sozialdemokraten stammten, während die Mitglieder der bürgerlichen Parteien — es wurden nur noch drei Stimmzettel für den volksparteilichen Abgeordneten Himmann abgegeben — an der Abstimmung kaum noch teilnahmen.

Als das Fazit des angekündigten bürgerlichen Vorstoßes ist also festzustellen, daß das Landtagspräsidium sich in Zukunft aus einem Sozialdemokraten, einem Staatsparteiern und einem volksnationalen zusammensetzt. Daran wird auch eine noch so ausführliche Erörterung der „Schuldfrage“ auf bürgerlicher Seite nichts mehr ändern können.